dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortliche Redakteurin
Cornelia Krüger

Telefon 030.40 81-55 60
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 32 **27. August 2014**

aktuell

Inhalt

Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2014:
Bürger wollen starken Staat – Beamte im Aufwärtstrend+++
79 Prozent der Deutschen für höhere Lohnabschlüsse+++
Daseinsvorsorge: dbb Vize Silberbach warnt vor weiterer Deregulierung+++
Nahverkehr: Wiesbaden wieder im TV-N Hessen
Erfolg für alle Beteiligten+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DBB NRW: Besoldungserhöhung nach zähem Ringen erreicht+++
Eigenthaler: Zugriff auf Steuerakten klar geregelt+++
GDL bezeichnet Angebot der Bahn als „Schmierenkomödie“+++
Bundespolizei vor dem finanziellen Kollaps+++

Namen und Nachrichten+++

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2014: Bürger wollen starken Staat – Beamte im Aufwärtstrend

(dbb) Die große Mehrheit der Bürger ist mit den Leistungen des öffentlichen Dienstes in Deutschland zufrieden. Den Beamten werden deutlich häufiger positive und sehr viel seltener negative Eigenschaften zugeordnet als in den vergangenen Jahren. Das geht aus der diesjährigen „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst" hervor, die das Meinungsforschungsinstitut forsa für den dbb beamtenbund und tarifunion durchgeführt hat.

Gegenüber 2007, als wir zum ersten Mal die Bürgerbefragung in Auftrag gegeben hatten, hält dieser erfreuliche Trend an", sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt bei der Vorstellung der Erhebung am 26. August 2014 in Berlin. „Vor allem die Eigenschaften pflichtbewusst (78 Prozent), zuverlässig (73 Prozent) und kompetent (70 Prozent) schreiben die Bürger den Beamten zu – und zwar deutlich häufiger als noch vor acht Jahren."

Für die Zufriedenheit der Behördenbesucher spricht, dass 84 Prozent angaben, von den Mitarbeitern freundlich behandelt worden zu sein, 83 Prozent bezeichneten sie als gut qualifiziert", so Dauderstädt. 67 Prozent der Befragten sagten, ihre Angelegenheit sei sofort bearbeitet worden.

Weiter gestiegen ist der Anteil der Bürger, die eine starke öffentliche Verwaltung für unerlässlich halten. „Dass 85 Prozent der Befragten dies bejahen, macht klar: Der öffentliche Dienst leistet Enormes und wird dafür respektiert. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, sehen wir die Politik in der Pflicht: Vor allem wegen der demografischen Entwicklung muss mehr getan werden, um den öffentlichen Sektor auch für junge Menschen attraktiv zu halten. Nur dann ist Zukunftsfähigkeit garantiert", machte der dbb Chef deutlich. In diesem Zusammenhang müsse die wachsende Zahl von Beschäftigten, die über eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst klagen (43 Prozent) - vor allem bei der Entgeltentwicklung, bei Aufstiegs- und Karrierechancen - zu denken geben.

Unter den Berufsgruppen mit dem höchsten Ansehen steht unangefochten der Feuerwehrmann auf Platz eins, gefolgt von Kranken- beziehungsweise Altenpfleger, Arzt, Polizist und Kita- beziehungsweise Kindergartenmitarbeiter. Zu den Gewinnern des Berufe-Rankings seit 2007 zählen Staatsdiener wie Müllmänner und Lehrer, aber auch „Beamte" als solche. Verschlechtert hat sich dagegen das Ansehen unter anderem von Steuerberatern und Managern.
(01/32/14)

79 Prozent der Deutschen für höhere Lohnabschlüsse

(dbb) Die große Mehrheit der Bundesbürger lehnt eine Zurückhaltung der Beschäftigten bei Lohnforderungen ab. 79 Prozent stimmen der Auffassung von Bundesbank und Europäischer Zentralbank zu, dass angesichts der niedrigen Inflationsrate und der positiven Verfassung des Arbeitsmarktes höhere Lohnabschlüsse in Deutschland angemessen wären. Nur 17 Prozent halten derzeit höhere Einkommen nicht für erforderlich. Das geht aus der „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst" hervor, die der dbb beamtenbund und tarifunion 2014 bereits zum achten Mal beim Meinungsforschungsinstitut forsa in Auftrag gegeben hat.

„Wir sehen darin eine deutliche Bestätigung unserer gewerkschaftlichen Positionen", sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt bei der Vorstellung der Umfrage am 26. August 2014 in Berlin. „Als Interessenvertretung der Menschen im öffentlichen Dienst, die Tag für Tag für ein funktionierendes Gemeinwesen sorgen, fordern wir, sie dafür auch angemessen zu bezahlen.

Das gilt umso mehr mit dem Blick auf den demografischen Wandel, den Mangel an Fachkräften, die dringend notwendige Nachwuchsgewinnung und die allgegenwärtige Konkurrenz zum Arbeitgeber Privatwirtschaft." Hinzu

komme, dass höhere Löhne auch zur Belebung der Binnenkonjunktur beitragen.

„Wir werden diesen ‚Rückenwind' auch mit in die Verhandlungen zur Einkommensrunde 2015 nehmen, in der es um die Löhne und Gehälter für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder geht", kündigte Dauderstädt an.
Unter den jüngeren Befragten (18 bis 44 Jahre) war die Zustimmung zu höheren Lohnabschlüssen mit 84 Prozent besonders groß. Zwei Drittel aller Befragten (64 Prozent) waren der Auffassung, dass die Mehrheit der Arbeitgeber in Deutschland höhere Löhne und Gehälter für ihre Beschäftigten durchaus verkraften kann. Nur knapp ein Drittel (31 Prozent) meinte, dies würde den Arbeitgebern Schwierigkeiten bereiten. Mehr als die Hälfte der Befragten (54 Prozent) fand, die Löhne in den vergangenen Jahren seien zu wenig gestiegen.
(02/32/14)

Daseinsvorsorge: dbb Vize Silberbach warnt vor weiterer Deregulierung

(dbb) „Die Daseinsvorsorge ist nicht verhandelbar. Jeder Staat muss weiterhin die Hoheit über seine Qualitätsstandards haben", sagte Ulrich Silberbach, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Chef der komba gewerkschaft am 25. August 2014 in Berlin. Hintergrund sind Verhandlungen einer Reihe von Staaten über ein Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TISA).

Die Europäische Union verhandelt seit 2013 unter anderem mit Kanada, den USA und Mexiko, Chile und Kolumbien, Australien und Neuseeland, Japan, Südkorea, Singapur, Taiwan und Hongkong sowie Norwegen und der Schweiz. Diese Staatengruppe, der vor allem die alten Industriestaaten angehören, nennt sich „Sehr gute Freunde von Dienstleistungen". Silberbach warnte vor den Folgen eines solchen Abkommens. „Eine weitere Liberalisierung von Dienstleistungen zielt vor allem auf Bereiche ab, die wir in Deutschland als Daseinsvorsorge bezeichnen. Das lehnen wir entschieden ab."

Die politischen Ziele der EU, mehr Handel und dadurch mehr Wohlstand, seien grundsätzlich begrüßenswert, sagt der dbb Vize. „Der Dienstleistungssektor ist von enormer Bedeutung für Deutschland und Europa. Handelsbarrieren im kommerziellen Dienstleistungsbereich mit Augenmaß abzubauen, kann durchaus sinnvoll sein, solange das nicht Lohn- und Sozialdumping begünstigt." Er sorge sich aber um die negativen Folgen des TISA-Abkommens, so Silberbach. Die Qualität der Arbeitsplätze besonders im öffentlichen Sektor stehe auf dem Spiel. „Wir haben ohnehin bereits viel zu wenig gute Beschäftigungsverhältnisse, viel zu viel Leiharbeit, befristete Verträge und schlechte Bezahlung. Das reicht bis in Kernbereiche des öffentlichen Dienstes", so Silberbach.
(03/32/14)

Nahverkehr: Wiesbaden wieder im TV-N Hessen Erfolg für alle Beteiligten

(dbb) Der dbb und der Kommunale Arbeitgeberverband (KAV) Hessen haben sich am 21. August 2014 auf einen Überleitungstarifvertrag für die Beschäftigten der ESWE Verkehr Fahrbetrieb GmbH (ehemals WiBus) in den Tarifvertrag für die kommunalen Nahverkehrsbetriebe Hessen geeinigt. Alle Beschäftigten der ESWE werden zum 1. Januar 2015 in den Tarifvertrag-Nahverkehr (TV-N) Hessen übergeleitet, wodurch alle bisherigen Tarifbestimmungen abgelöst werden. Darüber hinaus erreichte der dbb Verbesserung bei den Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen sowie den Zukunftsperspektiven der Beschäftigten.

„Wir haben gezeigt, dass Beharrlichkeit in der Sache und vernünftige Vorschläge für nachhaltige Verbesserungen der beruflichen Perspekti-
ven letztlich den Ausschlag für eine Einigung gegeben haben, mit der Beschäftigte und Arbeitgeber leben können", kommentierte der

Verhandlungsführer des dbb, Thomas Gelling, die Einigung. Sie sei vor allem der Erfolg der Kolleginnen und Kollegen im Fahrdienst, die während der Arbeitskampfmaßnahmen „ordentlich Druck gemacht und nicht klein bei gegeben" hätten.

Der Einigung waren schwierige Tarifverhandlungen vorausgegangen, die mehrfach unterbrochen worden waren. Zahlreiche Arbeitskampfmaßnahmen im März, April und Mai 2014 zwangen die Arbeitgeber schließlich zurück an den Verhandlungstisch.

Teil der Überleitungsvereinbarung ist die Einführung der zusätzlichen betrieblichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung (ZVK) unter Eigenbeteiligung der Beschäftigten. Darüber hinaus wurde unter anderem für alle Beschäftigten der ESWE Verkehr Fahrbetrieb GmbH und der ESWE Verkehrsgesellschaft GmbH eine Zusammenführungspauschale in Höhe von 223 Euro als Festbetrag ab 1. Januar 2015 vereinbart.
(04/32/14)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DBB NRW: Besoldungserhöhung nach zähem Ringen erreicht

(dbb) In der Nacht vom 21. auf den 22. August 2014 konnte nach langen und schwierigen Gesprächen eine Einigung zwischen dem DBB NRW sowie weiteren Gewerkschaften und der nordrhein-westfälischen Landesregierung über die Beamtenbesoldung in NRW erreicht werden. Roland Staude, DBB NRW Vorsitzender, zeigte sich positiv überrascht. „Die Eins-zu-eins-Übertragung des Tarifergebnisses war zwar nicht durchsetzbar. Dennoch konnten wir für das Eingangsamt A 11 eine Besoldungserhöhung von 5,65 Prozent für 2013/2014 durchsetzen", sagte er.

Für alle Besoldungsgruppen ab A 11 gilt: 2013 Erhöhung von 1,5 Prozent und Festbetrag von 30 Euro monatlich (369,00 Euro jährlich); 2014 Erhöhung von 1,5 Prozent und Festbetrag von 40 Euro monatlich (492,00 Euro jährlich). Für A 11/ A 12: Anpassung mit vier Monaten Verzögerung pro Jahr;·ab A 13: Anpassung mit acht Monaten Verzögerung pro Jahr; Kürzung dieser Besoldungserhöhung um 0,2 Prozent pro Jahr gemäß dem Versorgungsfondsgesetz für die Zuführung zur Versorgungsrücklage.

Die von der Landesregierung beabsichtigte Verknüpfung der Besoldung 2013/2014 mit einer perspektivischen Besoldungsregelung bis 2017, bei der Einbußen bei den Beamtinnen und Beamten vorprogrammiert waren, konnte nach zähen Verhandlungen abgewendet werden.

Der DBB NRW sei zu Gesprächen über die Weiterentwicklung der Besoldung für die Jahre 2015, 2016 und 2017 bereit, „aber erst nach dem Abschluss der Tarifrunde im kommenden Jahr, der wir in keinem Falle vorgreifen wollen", so Staude.

Als Orientierungshilfe bei Fragen zur Berechnung der Erhöhung der Besoldung für die Jahre 2013/2014 hat der DBB NRW auf seiner Homepage Tabellen veröffentlicht.
(05/32/14)

Eigenthaler: Zugriff auf Steuerakten klar geregelt

(dbb) Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) hat sich anlässlich des Hoeneß-Falls gegen den Eindruck gewandt, jeder beliebige Finanzbeamte könne auf die Daten aller Bürger zugreifen. „Normalerweise können nur die Sachbearbeiter eine Akte abrufen, die für den Anfangsbuchstaben des jeweiligen Nachnamens zuständig sind", sagte der DSTG-Vorsitzende und dbb Vize Thomas Eigenthaler der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (Ausgabe vom 25. August 2014). Je nach Organisation des Finanzamts und dessen Geschäftsverteilungsplan seien dies zwei oder auch zehn Beschäftigte.

Der Steuerfall des früheren FC-Bayern-Präsidenten Uli Hoeneß sei aber deutlich komplizierter – auch weil dieser selbst Unternehmer sei. Dann könnten auch Betriebsprüfer, Steuerfahnder, Vollstreckungsbeamte und Umsatzsteuerprüfer die Informationen abrufen. „Die können ja bei ihren Kollegen nicht erst extra einen Antrag dafür stellen, damit sie in die Akte hineinsehen dürfen", sagte Eigenthaler weiter. Vorgesetzte Behörden und die Rechenzentren der Finanzverwaltung bekämen die Daten bei Bedarf ebenfalls zu sehen.

„Man muss aber unterscheiden zwischen der abstrakten Möglichkeit und dem tatsächlichen Zugriff – der ist weit seltener." Jeder Abruf müsse zudem protokolliert werden, und dies werde von den Behörden auch mit Stichproben kontrolliert. Jedes Finanzamt müsse dafür seinen eigenen Datenschutzbeauftragten haben. Geregelt ist all das in der „Steuerdaten-Abrufverordnung" (StDAV) aus dem Jahr 2005.

Eigenthaler reagierte mit seinen Aussagen darauf, dass die Münchener Staatsanwaltschaft nicht weiter ermittelt, um herauszufinden, wer dem Magazin „Stern" Details aus der Steuerakte des ehemaligen FC Bayern-Präsidenten zugespielt hat. Dadurch erfuhr die Öffentlichkeit von den Ermittlungen gegen Hoeneß, der mittlerweile zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden ist. Im Fall Uli Hoeneß hatten 1.165 Mitarbeiter Zugriff auf dessen Steuerakte, hatte das Bayerische Landesamt für Steuern in München mitgeteilt.
(06/32/14)

GDL bezeichnet Angebot der Bahn als „Schmierenkomödie"

(dbb) „Was die DB den Fahrgästen für ein Wechselbad an Gefühlen zumutet, ist schier unerträglich und dient allein dem Ziel, das Zugpersonal in unserem Lande zu diskreditieren." Mit diesen Worten hat der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und dbb Vize Claus Weselsky am 25. August 2014 das Angebot der Deutschen Bahn (DB) kommentiert.

Nicht zufällig sei das so genannte Angebot am Abend zugesandt und sofort die Medien darüber informiert worden. „Der Witz ist dabei, dass es gar kein Angebot ist. Die DB versucht vielmehr erneut, der GDL den Schwarzen Peter zuzuschieben und die Öffentlichkeit mit der Aufführung dieser Schmierenkomödie über die wahren Begebenheiten hinwegzutäuschen", erklärte Weselsky.

Um der DB AG und der Öffentlichkeit zu zeigen, „dass wir die Gewerkschaft für das Zugpersonal sind", so Weselsky, hat die GDL für den 27. August zu einem 1. Aktionstag des Zugpersonals nach Fulda eingeladen.
(07/32/14)

Bundespolizei vor dem finanziellen Kollaps

(dbb) Die DPolG Bundespolizeigewerkschaft beklagt, dass die Bundesregierung an der Inneren Sicherheit spart und befürchtet das Schlimmste, wenn die Bundespolizei nicht endlich mit den Haushaltsmitteln ausgestattet wird, die sie für ihre Aufgabenwahrnehmung dringend benötigt.

„Der Bundespolizei fehlen im nächsten Jahr nahezu 300 Millionen Euro und es besteht die Gefahr, dass sie ihre Aufgaben nicht mehr sachgerecht wahrnehmen kann", sagte Ernst G. Walter, Vorsitzender der DPolG Bundespolizeigewerkschaft, am 25. August 2014.
In den vergangenen drei Jahren wurden bei der Bundespolizei immer wieder Stellen gestrichen. Gleichzeitig wurden ihr aber weitere Aufgaben übertragen, beispielsweise beim Schutz von Auslandsvertretungen oder in der Luftfrachtkontrolle. „Die Bundespolizei weiß schon heute nicht mehr, woher sie das Personal für die Kontrollen auf den boomenden und expandierenden Flughäfen nehmen soll. Auch an den Bahnhöfen und bei der Kriminalitätsbe-

kämpfung fehlt überall Personal", so Walter. „Angesichts wachsender Belastungen in Vollzug und Verwaltung, immer mehr Überstunden und unzähliger Wochenenddienste, die mit Zulagen auf Almosenniveau vergütet werden, nimmt die eigentlich vorbildliche Motivation unserer Kolleginnen und Kollegen derzeit immer mehr ab."

Der Bundespolizei fehlt laut Walter Geld für Anpassungen im Bereich der IT- und Kommunikationstechnik, für Fahrzeuge, für den Austausch der teilweise schon „antiken" Boote bei der Bundespolizei See und für neue Hubschrauber. Auch die Anpassung der persönlichen Schutzausstattung der Bundespolizisten und das gerade verabschiedete und längst überfällige Sanitärkonzept stehen zur Disposition. Eine flächendeckende polizeiliche Gefahrenabwehr und eine wirkungsvolle Kriminalitätsbekämpfung sind nach Auffassung der DPolG mit den vorhandenen Mitteln künftig nicht mehr machbar.

Die DPolG Bundespolizeigewerkschaft fordert daher nicht nur mehr Stellen für die Bundespolizei, sondern auch Geld für die Anpassung der Ausstattung an die aktuellen Herausforderungen.
(08/32/14)

Namen und Nachrichten

(dbb) Zahlreiche Beschäftigte bei den Postnachfolgeunternehmen und in Call-Centern sind befristet beschäftigt, Tendenz steigend. Die Arbeitgeber begründen die befristeten Beschäftigungsverhältnisse mit dem aus ihrer Sicht notwendigen flexiblen Personaleinsatz. Aus Sicht der **DPVKOM** müssen befristete Arbeitsverhältnisse jedoch die Ausnahme bleiben. Schließlich haben befristet Beschäftigte keinerlei soziale Sicherheit, leben in ständiger Angst um ihren Arbeitsplatz und es besteht die Gefahr, dass sie auf Grund ihrer schwachen Stellung im Betrieb ausgenutzt werden. In einem Faltblatt, das online unter http://www.dpvkom.de/ aufrufbar ist, informiert die DPVKOM unter anderem über die Grundsätze bei Befristungen, die unterschiedlichen Befristungsarten und die Folgen einer rechtswidrigen Befristung.
Wie die VdB Bundesbankgewerkschaft am 21. August 2014 mitteilte, hat die VdB Verhandlungskommission mit Vertretern der Bank über die Einführung der Entgeltordnung (EGO) im Hause der Bundesbank verhandelt. Schwerpunkte waren demnach der Einführungstermin, Bewertungsfragen und die Vergleichsregelung. Der VdB Bundesvorsitzende **Harald Bauer** sagte, die Bank habe mit der Einführung der EGO die einmalige Chance, dringend fällige Anpassungen des Gehaltsgefüges im Hause der Bundesbank vorzunehmen. Über die einzelnen Punkte vereinbarten beide Seiten Stillschweigen. Nächste Verhandlungstermine sind für Oktober und November 2014 angesetzt.
(09/32/14)